



REPUBLIK ÖSTERREICH
 DER BUNDESMINISTER FÜR
 ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR
 MAG. VIKTOR KLIMA

A-1030 Wien, Radetzkystraße 2
 Tel. (0222) 711 62-9100
 Teletex (232) 3221155
 Telex 61 3221155
 Telefax (0222) 713 78 76
 DVR: 009 02 04

Pr.Zl. 19.026/4-4-1994

XIX. GP.-NR

42 / AB

1995 -01- 13

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der Abg. **ZU**
 Mag. Firlinger vom 11. November 1994, Zl. 26/J-NR/94
 "Privatisierung der Einrichtungen der ÖPT"

26 13

Ihre Fragen darf ich wie folgt beantworten:

Zu den Fragen 1 bis 5:

"War Ihnen der Inhalt der Broschüre vor deren Veröffentlichung bekannt; wenn ja, was haben Sie zur Objektivierung der Thematik unternommen?"

Wurden seitens des Verkehrsministers den Vertretern der Gewerkschaft der Postbediensteten je die positiven Aspekte einer Privatisierung vermittelt; wenn ja, in welcher Form?"

Wie oft wurde die Broschüre an die Haushalte versandt?"

Welche werblichen Begleitmaßnahmen (z.B. Inseratenkampagne, persönliches Werben für Unterschriften durch Beschäftigte der ÖPT) wurden durchgeführt, und wurden persönliche, von der Belegschaft durchgeführte Werbeaktivitäten in der Dienstzeit gesetzt?"

Wie hoch waren die Gesamtkosten der Kampagne, und wurden diese ausschließlich von der Gewerkschaft der Postbediensteten getragen? Wenn nein, in welcher Form und in welchem Ausmaß hat sich die ÖPT an der Finanzierung der Aktion beteiligt? Wurde insbesondere auf Beförderungsgebühren verzichtet?"

Die in der Einleitung der Anfrage erwähnte Broschürenkampagne war eine einmalige Aktion der Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten, die von dieser autonom durchgeführt wurde. Im Zuge der Vorarbeiten für die Ausgliederung der Post aus der Bundesverwaltung wurde die oben genannte Fachgewerkschaft als Vertretung der Dienstnehmer eingebunden und über alle Aspekte objektiv informiert. Die Post- und Telegraphenverwaltung hat für die gegenständliche Gewerkschaftsaktion weder werbemäßige Begleitmaßnahmen gesetzt noch sind ihr die Gesamtkosten der Aktion bekannt. Die für die Aussendung angefallenen Postgebühren wurden von der Gewerkschaft voll entrichtet.

- 2 -

Zu den Punkten 6 und 7:

"Welche Maßnahmen zur Eindämmung des jährlich wachsenden Schuldenstandes der ÖPT (1994 rund 100 Mrd. ÖS) wurden bzw. werden getroffen?"

Welche vorbereitenden Maßnahmen wurden seitens des Verkehrsministers gesetzt, um der spätestens 1998 einsetzenden Liberalisierung des Telecom-Bereiches zeitgerecht Rechnung zu tragen?"

Die von der Bundesregierung für 1.1.1996 vorgesehene Ausgliederung der Post aus dem Bundeshaushalt und deren Überführung in ein selbständiges Unternehmen im Eigentum des Bundes mit eigenverantwortlicher Geschäftsführung dient der Absicherung der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens und der Weiterentwicklung entsprechend der Liberalisierung innerhalb der EU. Mit den erforderlichen Vorbereitungsmaßnahmen und den logistischen Vorarbeiten wurde begonnen.

Wien, am 11. Jänner 1995

Der Bundesminister

